



Forschungsratschef Hannes Androsch: „Österreich braucht eine Verdoppelung des Universitätsbudgets. Gleichzeitig müssen wir Zugangs- und Studienmanagement und die Verwaltung verbessern.“

„Bildungsarmut führt zu Lebensarmut“

Stärkung der Grundlagenforschung, Budgetaufstockung an den Universitäten und Reform des Bildungssystems: Hannes Androsch, Vorsitzender des Rats für Forschung und Technologieentwicklung, über Zukunftsfragen für die nächste Regierung. Interview **Eva Stanzl**

Future: Defizite beim sinnerfassenden Lesen, Schreiben und Rechnen, keine Chancengleichheit: Das ist das Ergebnis einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts, in der von „Bildungsarmut“ die Rede ist. Wie sollte die neue Regierung die Probleme angehen?

Hannes Androsch: Bildungsarmut führt zu Lebensarmut und schafft lebenslange soziale Ungleichheit. Sowohl aus pädagogischen als auch aus gesellschaftlichen Gründen brauchen wir

eine flächendeckende, vorschulische elementarpädagogische Betreuung, in der Kinder unter anderem die deutsche Sprache hinreichend erlernen, um einschulungsfähig für die Volksschule zu sein. Dort bedarf es Ganztagschulen. Anders ist das nicht sinnvoll zu bewältigen. Wenn man den Unterricht in den Vormittag hineinpercht, dann am Nachmittag Nachhilfe bekommt und am Abend mit den Eltern lernen muss, ist der Streit in der Familie gesichert. Für berufstätige und oft alleinerziehende Mütter ist das Problem noch gra-

vierender. Deutschland ist mit 30 Prozent Ganztagschulen nicht zufrieden, wir sind aber bei nur zehn Prozent. Australien, Kanada, Neuseeland oder Skandinavien haben hingegen 100 Prozent. Dort müssen wir hin. Anders können wir keine Gleichheit schaffen und die Zuwanderungsproblematik nicht bewältigen. Denn wenn Kinder zu Hause nur ihre Muttersprache reden, werden Verordnungen, dass sie in den Schulpausen Deutsch sprechen müssen, nichts lösen. In der Schule müssen Zuwanderungskinder hinreichend

durchmischt werden, denn wenn sie in der Zahl die Klasse dominieren, funktioniert keine Integration.

Welche Probleme in Bildung, Wissenschaft und Forschung hat die nächste Regierung sonst noch zu lösen?

Wir brauchen mindestens eine Verdoppelung des Universitätsbudgets. Die chronische Unterfinanzierung im Vergleich zu Zürich, München, Heidelberg und amerikanischen Universitäten ist nicht zukunftsweisend. Gleichzeitig müssen wir das Zugangs- und Studienmanagement, Governance (Führung, Anm.) und Verwaltung verbessern. Wir sind überadministriert. Das Ergebnis ist, dass wir auf dem Papier doppelt so viele Studenten haben wie die Schweiz, aber mehr als die Hälfte macht keinen Abschluss. Und die 44 Prozent der rund 300.000 Studenten, die fertig werden, brauchen im Schnitt 20 Semester. Dabei kommt Student von Studieren und nicht von Flanieren oder etwas anderes machen.

Viele Studierende müssen gleich zeitig arbeiten oder ihre Kinder betreuen. Wie würden Sie den Konflikt lösen?

Wir brauchen eine monetäre Aufstockung der Studienförderung: Es muss möglich sein, sich dem Studium zu widmen, anstatt dass es eine Nebenbeschäftigung ist, das Angebot der Universitäten muss stimmen. Allerdings müssen die Studierenden dafür auch eine Leistung erbringen.

HANNES ANDROSCH

ist Vorsitzender des Rats für Forschung und Technologieentwicklung, der die Bundesregierung in der Forschungspolitik berät. Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Salinen Austria AG, Miteigentümer des Leiterplatten-Herstellers AT&S, Präsident des Vereines „Bildungsinitiative für die Zukunft“ und Aufsichtsratspräsident des Austrian Institute of Technology. Androsch (SPÖ) war von 1970 bis 1981 österreichischer Finanzminister und Vizekanzler unter Bruno Kreisky.

Die Universitätenkonferenz plädiert für Änderungen im Studienrecht: In keinem anderen Hochschulsystem der Welt gebe es bei Prüfungen bis zu vier Wiederholungsmöglichkeiten, heißt es. Wasser auf Ihre Mühlen?

Ich bin völlig dieser Meinung. In der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, eine der besten Universitäten der Welt, darf man zwei Mal wiederholen – in Österreich mit Bewilligung bis zu sechs Mal. Damit ist niemandem ein Dienst erwiesen und wir schlagen in Rankings hoffnungslos ab. Wir brauchen exzellente Universitäten mit einem viel kleineren Betreuungsverhältnis als jetzt. Denn wenn sich Professoren und Dozenten nicht um die Studierenden kümmern

können, können alle gleich nur Online-Studien belegen.

Mit Ausgaben von 3,12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (2015) für Forschung und Entwicklung liegt Österreich im Spitzenfeld der im „OECD-Scoreboard Wissenschaft, Technologie und Industrie 2017“ gelisteten Länder: Unternehmen profitieren demnach stark von Forschungsförderungen der öffentlichen Hand. Ist das für Sie Grund zur Freude?

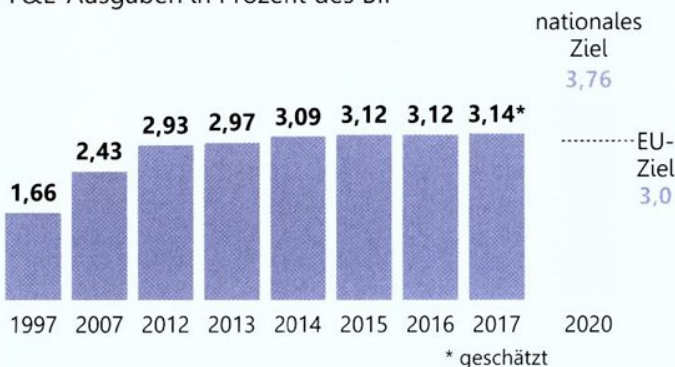
Unternehmen profitieren wesentlich mehr von öffentlichen Förderungen als Universitäten – da stimmt die Balance nicht. Ich bin selbst Industrielles, was ja schön ist, jedoch legt die Grundlagenforschung den Grundstein für Innovation. Weil wir dem Land zu wenige wissenschaftliche Grundlagen zuführen, haben wir eine hohe Forschungsquote, aber eine geringe Innovationsdynamik. Israel, Schweiz, Niederlande, Schweden oder Japan sind viel innovativer als wir, weil sie diesen Bereich massiv stärken.

In diesem Zusammenhang: Was erwarten Sie von der neuen Regierung?

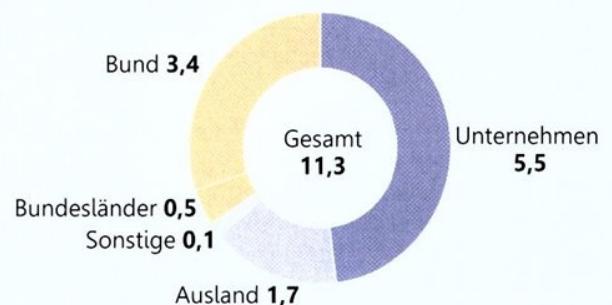
Ich kann bisher nicht erkennen, dass die Partner der Koalitionsverhandlungen diese Themen priorisieren. Auch in den letzten zehn Jahren war die Haltung der beiden Parteien eher forschungsfeindlich, aber ich lasse mich gerne überraschen.

Forschungsausgaben in Österreich

F&E-Ausgaben in Prozent des BIP



Finanzierung durch ...
 in Milliarden Euro (gerundet), 2017



Grafik: apa
 Quelle: apa/Statistik Austria